
Jakob Kaiser (1888–1961)

Christlicher Gewerkschafter, Berlin

Manfred Agethen



Jakob Kaiser wurde am 8. Februar 1888 in Hammelburg im bayerischen Unterfranken als zweites von zehn Kindern geboren. Sein Vater war ein politisch und sozial engagierter Buchbindermeister; neben seinem Beruf war er in verschiedenen kommunalen Ämtern tätig. Die Erziehung vermittelte den Kindern Fleiß, Pflichtbewusstsein und christlich-katholische Frömmigkeit. Nach Volks-

schule und Ausbildung zum Buchbinder im väterlichen Betrieb besuchte Jakob Kaiser die Buchbinderfachschule in Schwiebus bei Frankfurt/Oder. Danach war er einige Jahre als Geselle in einer Großbuchbinderei in Nürnberg tätig; von dort aus leistete er 1908–1910 seinen Militärdienst. Von 1912 bis zum Kriegsausbruch 1914 leitete Kaiser das Sekretariat des Kölner Kartells der Christlichen Gewerkschaften. Diese hauptamtliche Tätigkeit in der christlichen Arbeiterbewegung war eine Folge des starken sozialen Engagements, das Kaiser seit früher Jugend an den Tag gelegt hatte und das ihn zu mehreren Mitgliedschaften im katholischen Verbandswesen geführt hatte: Kolpingverein, Graphischer Zentralverband der Christlichen Gewerkschaften und Volksverein für das katholische

Deutschland. Dabei hatte er bereits führende Persönlichkeiten der politisch-sozialen Szene im Reich kennen gelernt – so Adam Stegerwald, den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften und Heinrich Brauns, den späteren Reichsarbeitsminister.

Nach dem Ersten Weltkrieg, in den Kaiser, wie viele mit ihm, mit einem unreflektierten patriotischen Stolz gezogen war und der ihm mehrere Verwundungen eingetragen hatte, setzte Kaiser zunächst seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Kölner Gewerkschaftskartells fort. 1918 heiratete er Therese Mohr, aus der Ehe gingen zwei Töchter hervor. Nach dem Tod seiner Frau schloss Kaiser 1953 eine zweite Ehe mit Elfriede Nebgen, seiner Kampfgefährtin gegen die NS-Diktatur und CDU-Mitgründerin. In der Weimarer Republik ging sein beruflicher Aufstieg in der christlichen Gewerkschaftsbewegung rasch voran. Er wurde Geschäftsführer des Generalsekretariats im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit Sitz in Berlin; dort kam er in engen Kontakt mit Heinrich Brüning, dem späteren Reichskanzler, der Geschäftsführer des DGB war. 1924 wurde er Landesgeschäftsführer der christlichen Gewerkschaften für Rheinland und Westfalen, was ihn wieder zurück nach Köln brachte. Hinzu kam der politische Aufstieg. Von 1921 bis 1933 war er stellvertretender Vorsitzender der Zentrumspartei im Rheinland, der er 1912 beigetreten war. Seit 1928 gehörte er dem Geschäftsführenden Reichsvorstand des Zentrums an, die Märzwahl 1933 brachte ihm ein Reichstagsmandat ein.

Kaiser stand als ausgeprägter Monarchist der Weimarer Republik anfangs skeptisch gegenüber, bekannte sich aber seit Mitte der 20er Jahre schließlich offen zu ihr. Religion und vaterländische Gesinnung galten ihm alles, ein Hang zu nationalem Pathos und zu preußisch-soldatischer Haltung war ihm eigen. Gesellschaftspolitisch stand er fest auf dem Boden der katholischen Soziallehre. Als christlicher

Gewerkschafter und katholischer Zentrumsmitglied sah er seine Hauptaufgabe darin – wie er später einmal gegenüber Konrad Adenauer formulierte –, „die Arbeiterschaft aus den Kellerräumen der Gesellschaft in die Volksordnung“ zu holen; der ausgeprägte Wunsch nach einer national-sozialen Synthese wird hier klar erkennbar. Kaiser suchte einen Mittelweg zwischen individualistischem Kapitalismus und marxistisch-kollektivistischem Sozialismus. Er dachte schon sehr früh an eine überkonfessionelle, christlich-sozial und national orientierte, undogmatisch-sozialistische Partei – etwa nach dem Muster der englischen Labour Party. Nur eine solche Partei, meinte Kaiser, könne das zersplitterte deutsche Parteiwesen konsolidieren, einen starken Staat mit demokratischer Verfassung garantieren und dem klassenkämpferischen Marxismus Paroli bieten. Mit diesen sozialpolitischen Vorstellungen gehörte Kaiser zum linken Flügel des Zentrums.

Im Reichstag zählte Kaiser zu jenen Zentrumsabgeordneten, die intern gegen eine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 auftraten, sich dann aber der Fraktionsmehrheit beugten. Er durchschaute von Anfang an den verbrecherischen Charakter der Nazi-Bewegung, hoffte aber eine Zeitlang wie Reichskanzler Brüning, sie in der Regierungsverantwortung „zähmen“ und durch einen Zusammenschluss der drei großen demokratischen Richtungsgewerkschaften – der ‚freien‘ sozialistischen, der christlichen und der liberalen Hirsch-Dunckerschen – einen Damm gegen sie aufrichten zu können. Dagegen musste er erleben, dass Hitler schon Anfang Mai 1933 die freien Gewerkschaften zwangsweise in die „Deutsche Arbeitsfront“ eingliederte; seinen Widerstand dagegen musste Kaiser mit der Entlassung aus dem Amt des Leiters der Christlichen Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen bezahlen.

In der Folgezeit war Kaiser als Treuhänder zur Regelung

von Versorgungsansprüchen ehemaliger Angestellter und Mitglieder der aufgelösten christlichen Gewerkschaften gegenüber dem NS-Staat viel im Reich unterwegs. Das eröffnete ihm die Möglichkeit, Kontakte zu Widerstandskreisen zu knüpfen. In Berlin, seinem neuen Wohnort, traf er sich mit Hitler-Gegnern wie Wilhelm Leuschner, Max Habermann oder Josef Wirmer, und er nahm Fühlung zu oppositionellen Wehrmachtskreisen auf. Ende 1941 kam er in engeren Kontakt mit dem Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler, aber auch mit Claus Graf Schenk von Stauffenberg und mit katholischen Widerständlern wie Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 musste Kaiser, der 1938 bereits einmal kurzzeitig wegen des Verdachts des Hochverrats verhaftet worden war, untertauchen; er hielt sich bis Kriegsende monatelang in einem Keller in Berlin-Babelsberg versteckt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte Jakob Kaiser zu den Mitunterzeichnern des Gründungsaufrufs der CDU in Berlin. Wie er kamen zahlreiche Mitglieder der neuen, überkonfessionellen Union aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Er wurde 3. Vorsitzender der Partei, nach Andreas Hermes und Walther Schreiber. Als diese Ende 1945 wegen ihres Widerstandes gegen die sozialistische Bodenreform von der SMAD abgesetzt wurden, übernahm er zusammen mit Ernst Lemmer den Parteivorsitz. Hauptsächlich Kaiser hatte die bereits in seiner Weimarer Zeit propagierte Idee eines demokratischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung in den CDU-Gründungsaufwurf eingebracht. Wegen seiner ausgeprägt sozialen Politik wurde er von den Sowjets anfangs durchaus akzeptiert. Doch mussten diese bald erkennen, dass Kaisers „Christlicher Sozialismus“ mit dem atheistisch-klassenkämpferischen Marxismus nichts zu tun hatte. Beim 2. CDU-Parteitag im September 1947 beschwor Kaiser seine Partei geradezu, „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus

und seiner totalitären Tendenzen“ zu sein. Damit stellte er sich entschieden den sowjetischen Versuchen entgegen, die bürgerlichen Parteien mit der kommunistischen SED gleichzuschalten und dieser zugleich den Führungsanspruch zu sichern. Sein Eintreten für den Marshall-Plan und seine Ablehnung der Oder/Neiße-Grenze taten ein Übriges, um ihn bei den Sowjets missliebig zu machen.

Zum Bruch mit SMAD und SED und zur Entlassung Kaisers und Lemmers kam es schließlich Ende 1947 in der Frage der Volkskongressbewegung. Kaiser sah in der Volkskongressidee den Plan der SED, die Führungsrolle, die sie in der SBZ schon innehatte, auf die übrigen Zonen auszudehnen. Er war überzeugt, dass der angeblich als eine Art Nationalparlament geplante Volkskongress keinen wirklich gesamtdeutschen Charakter tragen werde und lehnte die Teilnahme seiner Partei ab. Um den Fortbestand der Union sicher zu stellen, mussten sich die Landesvorsitzenden auf sowjetischen Druck von Kaiser trennen. Mit seiner Entlassung und mit der zunehmenden Verschärfung der Ost/West-Gegensätze im Verlauf des Jahres 1947 war auch sein Brücke-Konzept gescheitert – die Idee, ein blockfreies Deutschland könne Brücke sein zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Ost und West und zwischen ihnen Ausgleich und Annäherung bewirken.

Kaiser und sein Kreis versuchten, von West-Berlin aus weiter Einfluss auf die Geschicke der Zonen-CDU zu nehmen, was sich aber angesichts der rigiden Gleichschaltungspraktiken der SED als unmöglich erwies. Aus dem „Büro Kaiser“ in West-Berlin konstituierte sich 1950 die Exil-CDU, die sich als einzig legaler Hauptvorstand der CDU in der SBZ verstand und deren Erster Vorsitzender Kaiser wurde.

Von 1946 bis 1949 war Kaiser Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Diese konnte wegen der sich auflösenden Verwaltungseinheit der Stadt zeitweilig

nicht tagen, und so wählte im Sommer 1948 ihr Ältestenrat die fünf Berliner Abgeordneten zum Parlamentarischen Rat nach Bonn; Kaiser war darunter das einzige CDU-Mitglied. Mit ihm waren die SPD-Abgeordneten Paul Löbe, Ernst Reuter und Otto Suhr sowie für die FDP Hans Reif die Berliner Vertreter in Bonn, deren Rolle schwierig war, weil sie kein Stimmrecht hatten. Ursprünglich wollten die Alliierten mit Rücksicht auf den Viermächtestatus der Stadt gar keine Vertreter Berlins im Parlamentarischen Rat sehen; schließlich gestanden sie ihnen wenigstens den Status von „Gästen“ zu. Sie konnten an den Sitzungen sämtlicher Ausschüsse teilnehmen. Für Kaiser war das aber wegen der starken Beanspruchung im Blockade-Winter 1948/49, in den auch noch die Stadtverordnetenwahlen fielen, nur schwer möglich; er konnte sich – ähnlich wie auch Ernst Reuter – an den Ausschuss- und Plenumsdebatten in Bonn nur mäßig beteiligen. Am 6. Mai 1949, kurz vor Abschluss der Beratungen, wurde Kaiser in einer Plenarsitzung zum Mitglied des Überleitungsausschusses bestellt; ansonsten war er in keinem Ausschuss des Parlamentarischen Rats offiziell vertreten.

Gleichwohl schätzte er die Bedeutung des Parlamentarischen Rats außerordentlich hoch ein, wie aus Redenotizen vom 8. September 1948 hervorgeht. Im Blick auf den von der SED in Ost-Berlin organisierten Volkskongress bezeichnete er den Parlamentarischen Rat als „die einzige wirklich demokratische Repräsentation des deutschen Gesamtvolkes“. In Berlin und in der SBZ beobachte man dem gegenüber die „Einschüchterung des Freiheitswillens durch Terror“. Dem trostlosen und grausamen Schauspiel, das der Sowjetkommunismus in Berlin aufführe, setze die Berliner Bevölkerung eine „unvergleichliche Tapferkeit“ entgegen. In Berlin gehe es um die „Zurückdämmung eines Systems, das Deutschland und Europa gefährdet“. Kaiser hatte sich zu diesem Zeitpunkt mit der Weststaatslösung, also mit ei-

ner zumindest zeitweilig fortdauernden deutschen Teilung abgefunden; gleichwohl hielt er unbeirrt an der Gesamtstaatsidee fest. Das in Bonn zu erarbeitende Grundgesetz konnte er nur als eine notwendige „Vorstufe des deutschen Verfassungswerkes“ – also einer gesamtdeutschen Verfassung – sehen, wie er am 8. Juli 1948 in der von ihm herausgegebenen Zeitung „Der Tag“ schrieb. Dass die von ihm „als dringendste Aufgabe“ geforderte „gesamtdeutsche Prägung“ des Grundgesetzes in dessen Präambel auch tatsächlich sichtbar wurde, war nicht zuletzt sein Verdienst.

In Bonn konnte es in seinen Augen nicht um eine westdeutsche Sonderlösung gehen, sondern um einen „Gemeinschaftsauftrag“ zwecks „Entstehung eines Kerns gesamtdeutscher Staatsbildung“. Der Reichshauptstadt Berlin kam in Kaisers Kernstaatsidee besondere Bedeutung zu. Für ihn stand es außer Zweifel, dass sie auch die Hauptstadt des aus dem westdeutschen Kernstaat dereinst entstehenden Gesamtdeutschlands sein würde. Berlin war für ihn „das Tor zur Ostzone“; die Stadt stand immer auch für die gegen ihren Willen von den Bonner Verfassungsberatungen ferngehaltene SBZ und damit symbolisch für Gesamtdeutschland. Im „Tag“ vom 28. August 1948 bewertete er die Beteiligung Berlins an den Beratungen des Parlamentarischen Rates als „eine politische Tat ersten Ranges“; sie vermittle das „Gefühl unmittelbarer Zusammengehörigkeit“ mit dem gesamten Deutschland. Wie er aber im „Tag“ vom 5. September 1948 schrieb, sei es „aufs höchste zu bedauern, ... daß die Berliner Delegierten nur als Gäste oder als sogenannte Beobachter im Rat mitwirken können.“ Der Wahlberliner Jakob Kaiser hat, wie Christian Hacke treffend formuliert, Deutschland von Berlin aus gedacht. Charakteristisch ist etwa seine Haltung in der Hauptstadtfrage: Er begrüßte die Entscheidung für Bonn statt für Frankfurt am Main „außerordentlich“, weil bei dieser Lösung der provisorische Charakter stärker her-

vortrete als bei Frankfurt; das sei für ihn „das Wesentliche“, wie er im Parlamentarischen Rat am 10. Mai 1949 bekundete. Wegen der zentralen Rolle, die Berlin in Kaisers Augen in der Übergangszeit der Teilung und dann auch später in einem geeinten Deutschland zukam, setzte er sich immer wieder für eine gleichberechtigte Stellung Berlins gegenüber den übrigen Bundesländern ein; er wollte, dass die Stadt in Recht und Verwaltung mit den übrigen Bundesländern gleichgestellt sei. In diesem Sinn setzte er sich für die Aufnahme „Groß-Berlins“, also des ungeteilten Berlins in den Geltungsbereich des Grundgesetzes ein. Dem entsprach auch der Parlamentarische Rat in der Präambel des Grundgesetzes, indem er „Groß-Berlin“ in den Kreis der neuen Bundesländer einreichte. Die westlichen Alliierten verweigerten aber dieser Textvorlage die Zustimmung.

Kaisers Hoffnung auf nationale Einigung verbindet sich unauflöslich mit der Idee eines starken Deutschlands. Dies kommt immer wieder bei den Beratungen über die föderative Struktur des neuen Staatswesens zum Ausdruck. Immer, wenn es um Zuständigkeiten und Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern geht, plagt Kaiser die Sorge, „daß den Ländern alles und dem Bund nichts gegeben werden soll“. Es gehe jetzt nicht primär um lebensfähige Länder, sondern um ein „lebensfähiges Gesamtdeutschland“; wie er in einer Fraktionssitzung vom 28. September 1948 ausführte. Zweifellos hat Kaiser bei seiner Idee vom starken Staat historisch den preußischen Staat vor Augen. Als es in einer Fraktionssitzung um Fragen der zukünftigen Finanzverwaltung zwischen Bund und Ländern geht und ein Redner hier „die Länder südlich des Mains“ zu einer Gruppe zusammenfasst, ruft Kaiser dazwischen: „die Länder südwärts Deutschlands“ – womit er praktisch Preußen und Deutschland in eins setzt. „Dieser Zwischenruf“ – so der damalige Protokollant – „beleuchtet mehr als alles andere die Einstellung von Kaiser“. Bei den

Beratungen über den Namen des neuen Staates legt er Wert darauf, dass auf jeden Fall „Deutschland“ enthalten sein müsse, wobei er der Version „Republik Deutschland“ den Vorzug gab gegenüber „Bundesrepublik Deutschland“.

Parteipolitische Polemik war Kaiser bei wichtigen Sachfragen im Parlamentarischen Rat weitgehend fremd. Sein relativ milder und auf Kooperation bedachter Umgang mit der SPD erklärt sich einmal aus dem Wunsch, das Grundgesetz mit möglichst großer Mehrheit zu verabschieden. Zum anderen daraus, dass aus seiner unmittelbaren Erfahrung der Berliner und der sowjetzonalen Verhältnisse die Front nicht zwischen der Union und den übrigen Parteien verlief, sondern zwischen den drei freiheitlichen Parteien und der SED. Mehrfach mahnte er in den Sitzungen seiner Fraktion, es müsse „zu einer Begegnung der beiden großen Parteien kommen“ (3. Januar 1949); er empfand die SPD weniger als Gegner denn als Partner im Kampf gegen die kommunistische Bedrohung. Bei dieser generellen Einstellung war es nicht verwunderlich, dass Kaiser meist mit aufgeboten wurde, wenn es um interfraktionelle Gespräche mit der SPD ging.

Unmittelbar nach der Schlussabstimmung zum Grundgesetz hatte Kaiser die Ehre, namens der Berliner Abgeordneten ein Schlusswort zur Abstimmung abzugeben, an der sie selbst sich ja nicht hatten beteiligen können. Er bat darum, „den 53 Stimmen, die noch vor Mitternacht in so eindrucksvoller Weise für das Grundgesetz abgegeben wurden, das volle Gewicht unserer Stimmen zuzuzählen“. Diese Stimmen seien „das *vorbehaltlose Ja* von Männern, die gewiß sind, daß sie mit ihrem Ja zugleich dem Willen der 20 Millionen Deutschen Ausdruck geben, die infolge der noch andauernden Zerreißung Deutschlands in der Stadt Berlin, in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg und Brandenburg mit Ungeduld auf den Tag ihrer Wiedervereinigung mit dem Westen und dem Süden unseres gemeinsamen Vaterlandes harren.“ Das für Kaiser charakte-

ristische feierliche Pathos, mit dem er auch im privaten Umgang zu sprechen pflegte, ist hier unverkennbar.

Im Sommer 1949 übernahm Kaiser die Führung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Im September 1949 zog er mit einem Direktmandat eines Essener Wahlkreises in den Deutschen Bundestag ein, dem er bis 1957 angehörte. Schon im Wahlkampf hatte Konrad Adenauer ihm auf sein Drängen hin die Bildung eines „Ostministeriums“ versprochen, falls er selbst Bundeskanzler würde; er nahm Kaiser dann als Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen in sein Kabinett auf. Kaiser hatte in dieser Zeit als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und als Symbolgestalt des nationalen Einheitswillens eine starke Machtbasis in der CDU; er konnte sie durch die Gründung der Exil-CDU, deren 1. Vorsitzender er zugleich wurde, noch verbreitern und durch seine Wahl zu einem der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden 1950 bestätigen.

Mit Bundeskanzler Adenauer war Kaiser einig in der Bedeutung der Westbindung der Bundesrepublik; sie galt ihm als Basis und als Stärkungsmittel für seine Wiedervereinigungsbemühungen. Anders als Adenauer räumte er letzteren aber im Konfliktfall die Priorität ein und suchte über Parteigrenzen hinweg den Konsens in der Deutschlandpolitik. Beides konnte Adenauer nicht recht sein; er hielt Kaiser deshalb von wichtigen deutschland- und ostpolitischen Angelegenheiten fern. Kaisers Rat, die Stalin-Noten des Jahres 1952 mit ihrem Wiedervereinigungsangebot für ein neutralisiertes Deutschland gründlich zu prüfen, befolgte er nicht, er nahm ihn auch 1955 nicht mit auf seine Moskau-Reise, bei der es v. a. um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion ging, die Kaiser nicht befürwortete.

Hart setzte Kaiser dem Kanzler in der Frage der „Bindungsklausel“ zum Deutschlandvertrag von 1952 zu. Sie besagte, dass auch ein wiedervereinigtes Deutschland an

die Westverträge gebunden sei und schränkte damit den deutschlandpolitischen Handlungsspielraum erheblich ein. Sehr zum Unwillen Adenauers gelang es Kaiser mit Hilfe des Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano und der FDP-Führung, die Bindungsautomatik abzuschwächen. Dissens zwischen Kaiser und dem Bundeskanzler gab es auch in der Saarfrage: Die von Adenauer mit dem Saarstatut angestrebte Europäisierung des Saarlandes konnte dem deutschen Patrioten Kaiser nicht recht sein. Er unterstützte gegen Adenauer mit allen seinen Möglichkeiten die politischen Kräfte, die für die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik eintraten. Als dann bei der Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 eine Zweidrittelmehrheit gegen das Saarstatut zustande kam und sich damit der Weg zur Eingliederung in die Bundesrepublik eröffnete – Frankreich gab am 1. Januar 1957 das Saargebiet an Deutschland zurück –, feierte Kaiser dies als eine „kleine Wiedervereinigung“ und als Sieg über den Bundeskanzler. Gegen Adenauer bzw. gegen die Stagnation in seiner Deutschlandpolitik war auch Kaisers Beteiligung an der Gründung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ gerichtet; Kaiser suchte damit eine parteiübergreifende Organisation zur Etablierung und Propagierung des Wiedervereinigungsgedankens.

Im Januar 1957 erlitt Kaiser nach einer Herzattacke einen Schlaganfall, im April desselben Jahres einen zweiten, der ihn lähmte und ans Bett fesselte. Er starb am 7. Mai 1961 in Berlin. Zuvor war er noch zum Ehrenvorsitzenden der CDU sowie zum Ehrenbürger von Berlin und wegen seines Engagements in der Saarfrage von Homburg ernannt worden.

Lit.: Werner CONZE: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart (u. a.) 1969; Erich KOSTHORST: Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart (u. a.) 1972; Josef BECKER: Jakob Kaiser, in: Walther L. BERNECKER / Volker DOTTERWEICH (Hrsg.): Persönlichkeit und Politik in der

Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts, Bd. 1 (Uni-Taschenbücher; 1220), Göttingen 1982, S. 210–220; Christian HACKE (Hrsg.): Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, Köln 1988; Tilman MAYER (Hrsg.): Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, Köln 1988; Christian HACKE: Jakob Kaiser (1888–1961), in: Torsten OPPELLAND (Hrsg.): Deutsche Politiker 1949–1969. 17 biographische Skizzen aus Ost und West, Darmstadt 1999, S. 48–59.

Nachlass: Bundesarchiv Koblenz